

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann G. Schaub, Magdeburg. Druck von Franz Schlegel, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 40, Fernsprecher 1587. Redaktion: Nr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 661.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Beleglohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Anzeiger in Deutschland monatlich: Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. Für die Expedition und den Postzuschuss vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.50 Mk. extra Beleglohn. Einzelne Nummern (einschl. der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inverordnungsgebiet der kaiserlichen Postämter: 15 Pf. Postzeitungsliste Nr. 1926

Nr. 201.

Magdeburg, Donnerstag, den 30. August 1900.

11. Jahrgang.

Donnerstag, den 30. August, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Partei-Versammlung

im Dreikaiserbund, Große Storchstraße.

Meisterstücke?

Die Post bezeichnet die Ernennung des Grafen Waldersee zum Oberbefehlshaber als ein „Meisterstück der Diplomatie“, denn es sei zweifellos, daß uns dadurch eine prädominierende Stellung im Stützpunkt der Mächte gewährt worden ist. — Wenn dies wirklich der Fall wäre, so würde die Ernennung zum Oberbefehlshaber kein Meisterstück, sondern ein grober Fehler sein; denn Deutschland hat in China keine prädominierenden Interessen und kann auch solche gar nicht haben nach der geringen Zahl der dort wohnenden Reichsangehörigen, dem nicht sehr erheblichen Umfang seines dortigen Handels und der großen Entfernung. Und fragen wir vor allem: Hat denn das Ausland diese prädominierende Stellung tatsächlich gewährt? Ist ihm ja gar nicht eingewilligt. An den harten Tatsachen haben wir Tag für Tag feststellen können, erstens daß die Mächte Waldersee nun einmal mit diesem Titel acceptiert haben, weil er ja doch der ranghöchste General drüben gewesen wäre, zweitens daß sie seine Befugnisse sofort auf die Provinz Peking beschränkt haben, drittens daß sie dieselben sozusagen nur auf der Ehrenbasis im Kriegsrat eingeeignet und endlich viertens ihrerseits sofort so zu handeln begonnen haben, daß die Hauptsache — die Einnahme Peking's — ohne Waldersee geschehen und Friedensverhandlungen angebahnt werden konnten. Von einer prädominierenden Stellung unsererseits ist nichts zu merken. Nein, verehrte Offiziere, das ist kein Meisterstück!

Noch weniger aber die Nichteinberufung des Reichstages. Wir führen heute nur patriotische Blätter an, um zu zeigen, wie man in jenseitigen regierungsfremden Kreisen darüber denkt. Die Deutsche Tageszeitung schreibt:

„Glaubt man denn, die erste deutsche Presse damit vernünftiger zu können, daß Herr Hofrat Lauffer erklärt, es liege kein Grund vor, die parlamentarische Ruhepause vorzeitig zu unterbrechen? Das mindeste, was verlangt werden könnte, wäre eine Auseinandersetzung der Gründe, die der geforderten Einberufung des Reichstages entgegen stehen.“

Der konservative Reichsbote bemerkt der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gegenüber, daß die Sache so einfach wie in früheren Jahren doch nicht läge, wo wir in einen Auslandskrieg eingetreten sind. Der Reichsbote hält wenigstens eine frühere Einberufung als in anderen Jahren für geboten. Die antisemitische Staatsbürger-Zeitung schreibt:

„Die offiziellen Kreisläufer und Geheimräte mögen wohl keinen Grund zur Einberufung des Reichstages haben, wohl aber wünscht sie das deutsche Volk, das sozusagen auch noch da ist und ein Wort mitzureden hat.“

Die ultramontane Germania sagt, es sei das zu bedauern, wenn nicht zu verurteilen. Die nationalliberale Nationalzeitung spricht von „leerer Redensart“ und sagt geradezu die Regierung sei durch die Verfassung verpflichtet, das Parlament einzuberufen, womit das Blatt allerdings keine erschütternde neue Wahrheit offenbart. Wir haben das von Anfang an gesagt. Mit großem Nachdruck weist das nationalliberale Organ aber zur Stützung ihrer Ansicht auch auf die Meldung hin, daß den neuen ostasiatischen Secret formations nun doch noch Fahnen verliehen werden sollen. Uebersetzen wir die etwas gewundenen Ausführungen jenes Blattes in einfacheres Deutsch, so ist zu sagen, daß eine — nun sagen wir, direkte Umgehung des Gesetzes vorliegt nach der Meinung der Nationalzeitung. Seit dem Jahre 1874, in welchem das erste Reichs-Militärgesetz erlassen wurde, stehe sowohl die Friedenspräsenzstärke des Heeres, als auch die Zahl der Truppenteile, der Bataillone, Schwadronen, Batterien usw. gesetzlich fest. Beide Zahlen seien seitdem wiederholt durch Gesetz erhöht worden; aber daß es nur durch Gesetz geschehen könne, sei ein anerkannter Grundsatz des Reichsrechts.

Es komme dazu, daß wir uns offiziell mit China nicht im Kriege befinden und deshalb nicht geltend gemacht werden könne, daß für die Kriegsverhältnisse die Bildung von Truppenteilen in der Reserve und Landwehr auch ohne gesetzliche Vollmacht sich vollziehe. Wenn es sich nur um die wahrscheinlich kurze Zeit der in China erforderlichen militärischen Maßnahmen Deutschlands handle, so möge da-

gegen nichts einzuwenden sein, aber die spätere Zurückführung auf den normalen Stand sei erschwert dadurch, daß an Stelle der in die ostasiatischen Formationen eingetretenen Offiziere in deren heimischen Truppenteilen andere Offiziere ernannt oder vorgeückt seien. Verfassungsrechtlich und materiell ungleich wichtiger sei die Frage, welche angesichts der Ankündigung der Fahnen-Verleihung nicht zu umgehen ist: ob die dauernde Verbeibehaltung der „ostasiatischen“ Truppenteile beabsichtigt wird. Eine solche Absicht möge aus der Verleihung von Fahnen noch nicht unbedingt folgen; es sei ja möglich, daß diese nur für den besonderen Zweck der gegenwärtigen ostasiatischen Expedition bestimmt wären, obgleich dies dem bisherigen Gebrauch in Preußen und im übrigen Deutschland nicht entsprechen würde. Doch eben wegen dieses Widerspruchs sei die Frage nicht abzuweisen, ob die Verleihung von Fahnen die Bildung dauernder Truppenteile bedeutet. Auch wenn etwa die Absicht bestände, dauernd in Friedenszeiten eine Kolonialarmee zu bilden, so würde die Bildung einer solchen der gesetzlichen Grundlage bedürfen, wenn dadurch die jetzige gesetzliche Zahl der deutschen Truppenteile nicht vermehrt werden würde. Aber auch dann würden auf alle Fälle Änderungen bestehender gesetzlicher Bestimmungen, z. B. betreffs der persönlichen Dienstpflicht, notwendig sein. Die Nationalzeitung will die gesetzliche Bedeutung und Berechtigung der einen und der andern etwaigen Absicht nicht erörtern, aber feststellen, daß „in keinem Falle die Verleihung von Feldzeichen die für eine Vermehrung der Truppenteile erforderliche gesetzliche Grundlage ergeben kann. Der Reichskanzler und der Kriegsminister tragen die Verantwortung dafür, daß in dieser Beziehung nicht Zweifel und Unklarheiten entstehen, wie solche vor einem Menschenalter zu erbitterten parlamentarischen Kämpfen geführt haben.“ — Zu diesen unannehmbaren Ausführungen muß selbst die Kreuzzeitung zustimmend Stellung nehmen. Sie fordert die Regierung zu „sorgfältigster Prüfung“ auf. Wir möchten nur unsere Aufforderung wiederholen, daß man das alles dem Reichstage zur Prüfung unterbreite, dort wird unzweifelhaft festgestellt werden, daß Mißgriffe über Mißgriffe gemacht worden sind, aber keine Meisterstücke.

Die Kosten der Chinaexpedition werden, so schreibt die Liberale Korrespondenz, bis Anfang Oktober auf etwa 100 Millionen Mark berechnet. Meisterhaft, in der That!

Die Nachrichten aus China

fließen wieder spärlicher und sind unsicher. Wie der Vossischen Zeitung aus London berichtet wird, soll Li-Hung-Tschang am Sonntag eine Depesche an die Kaiserin nach Tientsin geschickt haben, worin er sie bittet, Tuan zu verhaften und die Boxer in der Armee zu entwaffnen, damit ihm Gelegenheit gegeben werde, Unterhandlungen mit den Mächten zu beginnen. Der Londoner Standard berichtet aus Schanghai vom 27. August, es sei jetzt der dokumentarische Beweis erbracht, daß Jung-In der tatsächliche Urheber des fremdenfeindlichen Aufstandes in Peking und Tientsin gewesen sei, und daß Prinz Tuan, Kanghi, Lipingheng und die Kaiserin-Witwe von ihm überredet worden seien, eine extreme Haltung einzunehmen. — Nach der Ansicht des in Warjeile angekommenen französischen Generalkonsuls Francois ist dagegen der Boxeraufstand lediglich ein Werk des Prinzen Tuan, welcher mehr aus Ehrgeiz denn aus Fremdenhaß handelte. Die Kurden seien von langer Hand vorbereitet worden; Francois und der Gesandte Bischoff hätten dies seit einem Jahre vorausgesehen, doch seien ihre Warnungen nicht gehört worden. — Ein Schanghai Telegramm an den New York Herald meldet, der dortige Mandarin habe ein Telegramm aus Taotiefu empfangen, dem zufolge die verbündeten Streitkräfte den Distrikt westlich von Peking eingenommen haben.

Dem New-York Herald ist allerdings wenig Vertrauen zu schenken, er war es auch, der die Erfindung verbreitete, Rußland habe an China den Krieg erklärt.

Laut telegraphischer Nachricht ist das österreichische Kriegsschiff „Genta“ in Tschifu eingelaufen. „Kaiserin und Königin Maria Theresia“ meldet: Das unter dem Kommando des Schiffsleitnants Wickerhauser stehende Detachement ist am 20. August in Peking eingetroffen. Russische und japanische Truppen sind über Peking nordwärts vorgeückt. — Der französische Admiral Courtesolles telegraphiert: Die versammelten Admirale benachrichtigten die Gesandtschaften in Peking von ihrem Beschlusse, Li-Hung-Tschang auf der Rhee zurückzuhalten, bis die Gesandtschaften melden würden, daß sie mit ihm Unterhandlungen beginnen wollten. Das wäre ein sehr thörichter Streich! — Die Transportschiffe „Cachal“ und „Winhloug“ legten am 24. d. Mts. in Tatu 2000 Mann französischer Truppen an Land. — Nach Meldungen des Bureau Renter aus Amoy ist der japanische General Hoto und sein Stab aus Formosa dort eingetroffen. Japanische Truppen besetzten die fremden Kolonien. Kanonen sind auf einer die Stadt beherrschenden Stellung aufgestellt. Die Chinesen verlassen die Stadt. — Der Washingtoner Korrespondent der Londoner Morning Post meldet seinem Blatte, daß die russische Regierung bereits bei amerikanischen Geldleuten sich unter der Hand erkundigt habe, ob die Aufnahme einer schwebenden Kreditsanleihe in New-York angängig sei. In Paris hat Herr Witte augenscheinlich Schwierigkeiten. (Siehe Ausland.)

Damenpolitik?

Zur Vorgeschichte der Ernennung des Grafen Waldersee teilen die „Deutsch-Sozialen Blätter“, angeblich aus ganz sicherer Quelle folgendes mit:

„Eine hohe Frau, von deren schwerer Erkrankung einzelne Zeitungen jüngst zu berichten wußten, ist keineswegs so leidend, daß sie nicht noch jede Gelegenheit wahrzunehmen bereit wäre, um die Interessen ihres Vaterlandes zu fördern. Sie kennt den hohen Sinn ihres erlauchten Sohnes, der darauf gerichtet ist, dem deutschen Volke den ersten Platz unter den Völkern der Erde zu sichern, und da man neuerdings in England wieder einmal entdeckt hat — und ein englischer Staatsmann hat es in den letzten Tagen offiziell ausgesprochen —, daß die Interessen Englands und Deutschlands in den meisten Fällen die gleichen seien, so schien der Zeitpunkt sehr geeignet, dem Deutschen Reiche eine Ehrung zu erweisen. Ihre Majestät die Kaiserin von Rußland, bekanntlich eine Enkelin der Königin Viktoria, der dieser Plan unterbreitet wurde, hat ihren hohen Gemahl dann veranlaßt, unserem Kaiser den Vorschlag zu machen, daß Graf Waldersee zum Oberbefehlshaber präsentiert werden möge. Parte Damenhände haben also dem Deutschen Reiche die verantwortungsvolle Ehre der Führerschaft in Ostasien verschafft.“

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Ueber den eventuellen Einzug unserer Genossen in den preussischen Landtag regen sich schon jetzt die Blätter der Rechten auf. Die Frankfurter Zeitung hatte daran erinnert, daß die Junker wahrscheinlich sozialdemokratische Landtagsabgeordnete einfach niederbrüllen würden. In hochmütiger, aber deutlich die Bellemmung durchschimmerndem Tone antwortet darauf die konservative Korrespondenz:

Die „Lungenkräft“ der Rechten würde jedenfalls den einsamen „Genossen“ gegenüber, die mit Hilfe des Freisinn in das Abgeordnetenhaus vielleicht einzeln kommen, nicht in Anwendung gebracht werden; dagegen würde die dortige Mehrheit sich die im Reichstage übliche mißbräuchliche Ausnutzung der Rednertribüne seitens der „nicht schüchternen“ Sozialdemokraten und die Vergewaltigung der Majorität durch obstruktionelle Machenschaften nicht gefallen lassen. Sozialdemokratische Deklamationen im Landtage würden, sofern sie nicht verac sind, daß sie einfach dem Gelächter anheimfallen, schon ihre gebührende Abfertigung finden; die freisinnig-demokratische Resonanz ist dort bekanntlich nicht kräftig genug, um wie im Reichstage auf die „Genossen ermutigend zu wirken.“

Zur Reichstagsnachwahl im Kreise Wanzleben.

5 große öffentliche Volksversammlungen

finden statt in den Ortschaften

Groß-Ottersleben: Donnerstag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr im Poppe'schen Lokale in Venneckenbeck.
Diesdorf: Freitag, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr bei M. Silberbrandt (Gasthof zum weißen Hof).

Fermersleben: Sonnabend, den 1. September, abends 8 1/2 Uhr im Lokale der Witwe Lausch (Gasthof zum Engel).
Lemsdorf: Montag, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Caspar (Gasthof zum Deutschen Kaiser).
Klein-Ottersleben: Dienstag, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr bei M. Müller (Gasthof zum Deutschen Hof).

Tages-Ordnung in allen Versammlungen: Die bevorstehende Reichstagswahl.
Referent: Reichstags-Kandidat Genosse Ferd. Gerlach aus Halberstadt.

Parteigenossen! Mit diesen Versammlungen treten wir in den Wahlkampf ein. Wir erwarten, daß sich alle mit voller Kraft und Eifer unserer Sache widmen, auch bitten wir die Frauen, recht zahlreich zu erscheinen. Da die Versammlungen plüktlich eröffnet werden, ist plüktliches Erscheinen notwendig.
Das Wahl-Komitee des Kreises Wanzleben. J. A.: A. G. O. E.

2370

Neuhaldensleben - Wolmirstedt.

Oeffentliche Kreisversammlung

in Olvenstedt (Hirschfelds Restaurant)
am Sonntag, den 2. September 1900
nachmittags 3 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Der diesjährige Parteitag und internationale Kongreß.
2. Unsere zukünftige Organisation.
3. Unsere Presse.

Um zahlreiches Erscheinen eruchtet

Der Kreisvertrauensmann.

Die Feuerprobe

hat eine Margarine-Marke nur dann überstanden, wenn sie beim Braten in gleicher Weise reagiert, wie beste Naturbutter, indem sie ebenso wie diese bräunt, ohne zu spritzen und den bekannten lieblichen Duft entwickelt! Alle diese Vorzüge besitzt Jurgens u. Prinzen's Marke „SOLO“
in vollkommenstem Maße und ist, auch auf Brot gegessen, von feinsten Meiereibutter nicht zu unterscheiden.

Triumph

ist der Name der berühmten feinen 2198
5 Pfg.-Cigarren
von
A. Biermann
Magdeburg, Kaiserstr. 20.

Kinderwagen, gut erb., billig z. verk., Mittelstr. 30, S. r. II.
Bei Einkäufen bitten wir unsere Kunden, diejenigen Geschäfte zu berücksichtigen, die uns und unsere Sache unterstützen.

Küchenzettel der Magdeburger Volkstischen
Sauptwache 5 und Schmidstr. 61.
Donnerstag: Linsensuppe mit Rindfleisch, Gurkensalat mit Salzkartoffeln und Braunkohl.
Sonnabend: Graupensuppe mit Hammelfleisch.

Küchenzettel des Lehrereinen- und Damenheims
Breitenweg 82, 1 Treppe.
Donnerstag: Apfelsuppe, Polnischen Hahn, Gurkengemüse, Salzkartoffeln.
Freitag: Brühsuppe, Eierkuchen u. Preiselbeeren.
Sonnabend: Brühsuppe, Wirsingloht und Rindfleisch.

874 1800 Mark fude
am 1. Oktober als 1. Hypothek auf mein Wohnhaus mit großem Garten. Versicherungssumme 4300 Mark. Erferten unter Chr. D. 874 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Kred. Logis für 2 Herren zeitig
bauer 8 d II, Witwe Schulz. 57.
* Möbliertes Zimmer zu verm. Knochenhauerstraße 30, 1 Tr., r.
* Anst. Logis Kurfürstenstraße 27. Zeitig. Dinstag ein Sofagestelle zu verkaufen.
* Anständiges Logis Sieberstraße 6, Hof 1 Tr., Günther.

Liebkeht-Nummer

des Wahren Jacob

ist soeben erschienen und durch alle Kolporteurs zum Preise von 10 Pfennig zu beziehen.

Buchhandlung Volksstimme.

Achtung! Buckau! Achtung!
Einem geehrten Publikum zur Nachricht, daß ich das Schuhwaren-Lager von **Frau Marie Weigt**, Neuckstraße 11, übernommen habe und dasselbe in der bisherigen Weise weiterführen werde. Ich bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Gottfried Kelterborn. 875

Städt. Arbeitsnachweisstelle
Magdeburg. Vermittlung auch nach außerhalb. Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5.
Fernsprechanruf: Rathaus Nr. 2150-2155.
Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Weibliche 10-1 " " " 4-7 " "
Gebührenfreie Vermittlung von männlichem und weiblichem Personal aller Art, wie Arbeiter, Hausdienern und Burichen, Handwerkern, Diensthoren, Aufwartungen und Arbeiterinnen.
Nur solche schriftlichen Aufträge von Arbeitgebern, welche genaue Angaben über Lohn, verlangte Leistungen und sonstige Bedingungen enthalten, können berücksichtigt werden.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften
Unentgeltliches Anstaltsbureau
Geöffnet: Vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 3 1/2-7 1/2 Uhr.
Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.
Fernsprech-Anruf 1409.
Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfalls-, Invaliditäts- und Krankenversicherung, Privatfachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Bursche
zum Berichten sämtlicher Geschäftsarbeiten sofort gesucht 2373
Neue Neustadt, Breitenweg 24
Lehmann & Arndt.
Eine fleißige Arbeiterin wird gesucht 872
Paul Wulsch, Sudenburg.
August Schumm
Sudenburg 2197
Braunschweigerstraße 19.
Krankenkasse „Merkur“ E. H.
genügt jedem Arbeitgeber u. Arbeitnehmer. Freie Arztwahl l. Verzeichnis. Die Familie hat bei möglichem Beitrag ärztliche Hilfe. Bureau: **Kotzebstraße 22**. Vertreter in Burg: D. Hübner, Berthelstraße 21. Neuhaldensleben: G. Heintze, Magdeburgerstr. 38.

Zimmerleute sucht C. K. F. L. e. r. 843
Fertige Betten reichlich mit weichen Bettfedern gefüllt, Ober-, Unterbett und Kissen 12 1/2 Mark.
Hotel-Betten 2019 mit garantiert federdicht. Inletts, komplette Betten zu 15, 18, 22 Mark.
Herrschafts-Betten mit Halbbaunen-Füllung hochfein, 33, 39, 45 und 50 Mark.
A. Kirschberg
City-Hotel, gegenüb. d. Ulrichskirche.
* Mehlwürmer sind zu verkaufen bei Feig. Hörstel, kleine Schulstr. 12 S. I. II.
* Bringt m. Korb-, Holz- u. Büchsengeß. i. Erinnerung. A. Kuppermann, Feldstr. 63.

Geburtstags-Geschenke
2268
sowie Geschenke für alle Festlichkeiten empfiehlt stets in neuesten Sachen und in sehr reicher Auswahl
Rud. Brüning, Magdeburg-Buckau
Schönebeckerstr. 21, schrägüber d. Kirche.
Auf eine volle Mark gebe 5 Proz. Rabatt in bar.
Empfehle meine
prima Braunschweiger Braunkohlen
à Centner 52 Pfg. ab Bahnhof
Nicht mit minderwertiger Ware zu vergleichen. 857
Ed. Klein, Tracau, Presterstr. 1, 1.
Proben stehen zur Verfügung bei Obigem.
Möbel, Spiegel und Polsterwaren
reelle Arbeit, empfiehlt 801
C. Dittmar, Tischlermeister
Tischlerfruchtstraße 26.

Lampen.
Große Auswahl von Leuchtmitteln aller Art in guter solider Ausführung mit den besten, neuesten Brennern ausgestattet.
Auch können vorhandene Lampen, welche im Brennen nachgelassen haben, mit neuen, praktischen Brennern wieder ausgestellt werden.
Sämtliche 2368
Ersatzteile einzeln.

Otto Janoschek
vorm. C. Marquardt
Große Junkerstraße Nr. 6a
der „Buckauer Bierhalle“ gegenüber.
Burg. **Burg.**
Möbel in jeder Holzart
Polsterwaren, Särge.
M. Stollberg 2196
Breitenweg 7 und Nachstraße 5.
* Ein Kind soll in Pflege gegeben werden. Zu erfragen Kotzebstraße 13 III v.

Empfehle: p. Pfd.
Hochf. Winterschlacke 1.10 Mk.
Ia. hochf. Salami 1.10 "
Ia. Schinkenspeck 0.85 "
Ia. Polnische Bratwurst 0.80 "
Ia. Braunschw. Mettwurst 0.90 "
Ia. Rotwurst 0.60 "
Ia. Zwiebelwurst 0.60 "
Ia. Sülzwurst 0.60 "
Ia. Rippenspeck 0.70 "
Wilk. Strich
Fabrik seiner Fleisch- u. Wurstwaren
Stephansbrücke 37. Fernspr. 1618.

Billig! Billig!
30
Sofas und Diwans
werden einzeln mit einer Anzahlung von Mk. 5.00 und wöchentlicher Abzahlung von 1.00 Mark an abgegeben.
S. Osswald
Ulrichstraße 14
1. Etage
gegenüber der Ulrichskirche.

Volks-Konzert
Städtisches Orchester
Neig's Etablissement
(Inh.: H. Bräutigam, Leipzigerstrasse 63)
Montag, den 3. September
abends 8 Uhr. 2372
Eintrittskarten im Vorverkauf 20 Pfg., an der Abendkasse 30 Pfg.

Victoria-Theater.
Donnerstag, den 30. August.
Reichsgräfin Gisela.
Schauspiel in 4 Akten nach dem gleichnamigen Roman der Gattinlaube v. Wegel u. Wegener
Freitag, den 31. August.
Benefiz für Herrn Georg Barsch.
Zum 1. Male:
Königin Louise, eine deutsche Fürstin
oder
Die Rose von Magdeburg.
Schauspiel in 4 Akten von Horn.
Ich heirate meine Tochter.
Lustspiel in 1 Akt von Groß v. Trokau.
* Hohenwarsleben. Christian Elbe soll leben und ein Achtel geben. Mehrere Genossen.
* Frau Frenzel, Sudenburg, die besten Glückwünsche zum heutigen Tage! A. W.
* Uns. Vater Feig Ludwig v. Wiegensfeld wünschen wir das Allerbeste! A. W. E. L.
* Lieber Otto, wir gratulieren zu Deinem heut. Wiegensfeld! Kate mal, von wem.
* Lieber Otto, es ist doch wahr, daß Du heut' bist 36 Jahr? Dein Freund G. W.
* Verspätet. Umj. 1. Mutter W. Bergmann d. herzgl. Glückwünsche! K. P. Bergmann.

Zum diesjährigen Parteitage.

Am Donnerstagabend werden die Arbeiter Magdeburgs dem Beispiel der Arbeiter an anderen Orten folgen und Stellung zum diesjährigen Parteitage nehmen. Der Besuch der Versammlung wird als Gradmesser für das Interesse dienen können, welches unsere Parteigenossen am Orte der diesjährigen Heerfahrt des deutschen Proletariats entgegenbringen. Die Tagesordnung des Parteitages rechtfertigt den Wunsch, daß am Donnerstagabend im Dreitausenderbund ein volles Haus zur Besprechung derselben zusammenkommen möge.

Wie unsere Leser aus dem bereits veröffentlichten Berichte des Parteivorstandes ersehen haben, schließt in diesem Jahre der Parteihaushalt mit einem Defizit von 33 395 Mk. 90 Pf. ab. Zwar giebt es Erklärungsgründe genug für dieses Defizit. So z. B. die bedeutenden Aufwendungen für die Parteipresse, die sich später sicher und gut verzinsen werden, und das zeitweilige Versiegen solcher Quellen, welche früher einen erheblichen Beitrag zu den Einnahmen lieferten, weil sie jetzt alle Einnahmen zu Geschäftserweiterungen benutzen, dazu kommt noch, daß die Arbeitererschaft erhebliche Opfer für gewerkschaftliche Zwecke und zur Verrichtung der internationalen Solidarität gebracht hat; aber eine unerfreuliche Erscheinung bleibt das Defizit in einer Zeit wirtschaftlichen Blühens und Gedeihens doch. Was soll denn da in den Zeiten der Krise werden? Bei den Erörterungen über den Geschäftsbericht des Parteivorstandes wird sich Gelegenheit finden, hierauf näher einzugehen. Es ist unbedingt nötig, daß sich die einzelnen Parteiorde mehr ihrer Pflicht bewußt werden, nicht nur an die Parteigeschäfte zu Hause, sondern auch an die Zentralkasse in Berlin zu denken. Jetzt rührt beinahe der vierte Teil der Partei-Einnahmen aus den Ueberschüssen des Vorwärts her und zu den allgemeinen Partei-Einnahmen tragen die Berliner Genossen den Hauptteil bei. Wenn man in den anderen größeren Städten nur annähernd so viel auf die Parteikasse bedacht wäre als in Berlin, dann könnte von einem Defizit gar nicht die Rede sein. Aber man läßt das Geld lieber im Kasten liegen und geniert sich nicht, von den armen Weibern im Eulengebirge die Diäten für den eigenen Reichstagsabgeordneten zahlen zu lassen. Das ist ein Verfahren, welches die schärfste Kritik verdient und wir hoffen, daß es der Parteitag hieran nicht fehlen läßt. Geld, Geld und wieder Geld, das ist die notwendigste Vorbedingung für ein erfolgreiches Wirken unserer Partei. Wer nicht alles thut, um der Parteikasse die nötigen Mittel zuzuführen, der handelt gegen das Interesse der Partei, die in ihrer Centrale stets einen wohlgefüllten Kriegsschatz nötig hat, der sich stets vermehren soll, niemals aber weniger werden darf, zum mindesten nicht in normalen Zeiten, wenn keine Wahlen stattfinden, und die Lage der Arbeiter infolge der wirtschaftlichen Zustände eine solche ist, daß sie Opfer für die Parteikasse bringen können.

Wohl der wichtigste Gegenstand der Beratungen wird das neue Organisationsstatut sein. Da entsprechend einer Resolution, die in einem Berliner Wahlkreise angenommen wurde, demnächst eine Begründung des Entwurfs durch den Parteivorstand veröffentlicht werden soll, wollen wir vorläufig nur die hauptsächlichsten Änderungen des neuen Organisationsstatuts gegenüber dem früheren hervorheben.

Bisher gehörte derjenige zur Partei, welcher sich zu unserm Programm bekennt und die Partei „nach Kräften“ unterstützt. In Zukunft soll aber nur noch derjenige Anspruch auf den Ehren Titel Parteigenosse haben, der die Partei „dauernd durch Geldmittel unterstützt.“ Es soll also fortan ein regelmäßiger Vereins- oder Parteibeitrag erhoben werden. Diese Forderung ist notwendig, damit unsere große Partei nicht auf zufällige Einnahmen angewiesen ist, sondern eine bestimmte Einnahmequelle besitzt, wie ja schon aus unseren Ausführungen über den diesjährigen Finanzabschluss hervorgeht. Man darf aber auch nicht übersehen, daß diese Bestimmung unter Umständen eine große Härte bedeutet für brave Parteigenossen, welche aber absolut nicht in der Lage sind, dauernd Parteibeiträge zu leisten. Es wird sich empfehlen, dem § 1 den in einer Berliner Versammlung beantragten Zusatz: „oder durch anderweitige Thätigkeit fördert,“ zu geben, dann ist wohl diesem Bedenken Rechnung getragen. Selbstverständlich wird es auch in Zukunft, selbst wenn diese Bestimmung nicht getroffen wird, niemand einfallen, verdienten Parteigenossen deshalb diesen Ehren Titel abzuspriechen, weil sie dauernd Beiträge nicht leisten können, notwendig ist es aber unbedingt, daß der jetzige Zustand, der jedem Volksversammlungsbesucher, der vielleicht noch nie Beiträge geleistet hat, das Recht giebt, in Parteianglegenheiten seine Stimme in die Wagschale zu werfen, verschwindet.

Im § 13 soll es nach dem neuen Organisationsstatut heißen: „Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.“ Ueber den Sinn dieses Paragraphen machte Genosse Heine, der ja bei der Beratung des Statuts beteiligt war, folgende Ausführungen in einer Berliner Versammlung, die zeigen, daß der Paragraph dem neuen bürgerlichen Rechte angepaßt ist. Heine führte aus: „Kein Genosse hat das Recht, die Vorlegung der Bücher zu fordern und Gelder von der Partei herauszuverlangen; Vorstand und Kontrollkommission haben nicht das Recht, durch ihre Handlungen irgend jemand zu verpflichten. Die bürgerliche Presse hat in dieser Bestimmung einen neuen Versuch herausgelesen, den Parteivorstand allmächtig zu machen und die Weltung des einzelnen zu unterdrücken. Nichts ist thörichter, als eine solche Auslegung. Jeder Jurist wird sich sofort sagen, weshalb diese Bestimmung angenommen worden ist. Durch das neue Bürgerliche Gesetzbuch ist die zivilrechtliche Seite des Vereinsrechts erheblich verändert worden. Einige Juristen vertreten nun die Ansicht, daß auch die politischen Parteien als Gesellschaften im Sinne des bürgerlichen Rechts anzusehen seien, daß jede verpflichtende Handlung eines Vorstands jeden Parteigenossen verbindlich mache, daß jeder Genosse das Recht habe, sich über den Geschäftsgang zu unterrichten und beim etwaigen Austritt aus der Partei seinen Gesellschaftsanteil herausbezahlt zu erhalten. Diese Ansicht ist gewiß nicht zweifelhaft, ihr ist energisch widersprochen worden, sie ist praktisch ganz unumgänglich. Aber wenn der praktische Verstand auch nein dazu sagt, so hören wir ja, daß die Juristen doch ja jagen können. So vertritt der Berliner Professor Giercke, der als der hervorragendste Kenner des Vereinsrechts

diesen Standpunkt und bei der Autorität, die er genießt, können die Gerichte sich ihm anschließen. Giercke hat seine Auffassung ausgesprochen, um die großen Vereine und Parteien zu warnen und ihnen nahezu legen, sich durch statutarische Bestimmungen vor unliebsamen Folgen zu bewahren. Jeder Spiegel könnte ja daraufhin verlangen, Einsicht in die Bücher zu erhalten und seinen Anteil am Parteivermögen herauszubekommen. Der § 13, der die Partei vor solchen Versuchen schützt, ist von Stadthagen, der ein hervorragender Kenner des bürgerlichen Rechts ist, ausgearbeitet und von der Fraktion angenommen worden.“

Eine andere wichtige Veränderung des Organisationsstatuts ist noch diejenige über den Ausschluß aus der Partei. Bisher konnte jeder einzelne Ort Genossen ausschließen, die sich eines groben Verstößes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder die sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hatten. In Zukunft soll das Recht des Ausschlusses nicht mehr den Genossen am Orte, sondern dem Parteivorstande in Berlin zustehen, der an der Sache nicht persönlich interessiert ist. Der Ausgeschlossene kann sich erst bei der Kontrollkommission, dann beim Parteitage beschweren. Die Bestimmung wird dazu dienen, Vorgänge wie in Solingen und Dortmund zu verhüten. Die übrigen Änderungen sind unwesentlicher Natur. Es wird sich wohl Gelegenheit finden, auf dieselben einzugehen, wenn die Erklärungen des Parteivorstandes vorliegen.

Die Erörterungen des Parteitages über die Weltpolitik und die Verkehrs- und Handelspolitik werden zu Meinungsverschiedenheiten keine Veranlassung geben. Ueber die erstere besteht nur ein Urteil, namentlich seit den deutschen Soldaten König Ebel als Vorbild vorgeführt wurde und daß bei letzterer eine Verurteilung des verkehrtsfeindlichen Junkertums herauskommen wird, liegt auf der Hand.

Lebhafter wird es schon werden bei der Frage der Landtagswahlbeteiligung; hoffentlich kommt es aber diesmal zu einem endgültigen Beschlusse, von dem wir wünschen, daß er im Sinne der Wahlbeteiligung ausfallen möge.

Arbeit in Stille und Fülle erwächst unseren Delegierten auf dem Mainzer Parteitage. Mögen sie nur alle die nötige Sachkenntnis mitbringen und geleitet von nüchternen, ruhiger Erwägung Beschlüsse fassen, die den Kampfesmut der Partei von neuem antachen und das Vorwärtsschreiten beschleunigen auf der Bahn, die uns zum Siege führt. —

Anträge zum Parteitage.

Der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei unterbreitet den Parteigenossen folgende Anträge zur Beschlusfassung:

I.
Die Parteigenossen Magdeburgs beantragen: Der nächste Parteitag findet in Magdeburg statt.

II.
In Erwägung, daß die junkerliche Reaktion in Preußen immer beherrschender wird, wie u. a. die Behandlung der Vorlage eines Mittelstandsanals beweisen hat;
in Erwägung, daß diese Nachstellung bei Beratung der Handelsverträge im Reichstag dazu benutzt werden wird, um die breiten Volksschichten mit neuen oder erhöhten indirekten Steuern, insonderheit mit verhärtetem Brotwucher zu belasten;

Feuilleton.

Auferstehung.

Von Graf Leo N. Tolstoi.

(54. Fortsetzung.)

„Die Tscharina? ja, gewiß, die wohnt hier im Dorfe. Ach, was die mir für Sorgen macht! Sie besitzt nämlich die Dorfschenke. Ich scheffe sie aus, und drohe ihr, sie fortzuschicken, wenn sie nicht bezahlt, aber im letzten Augenblick geht es doch über meine Kräfte, und ich habe Mitleid mit ihr. Die arme Alte! Dann hat sie auch Kinder bei sich,“ fügte der Inspektor lächelnd hinzu.

„Und wo wohnt sie? ich möchte sie aufsuchen!“
„Am Ende des Dorfes, auf der anderen Seite das dritte Haus. Zur linken Seite erblicken Sie ein Ziegelhaus, und gleich darauf kommt ihre Kneipe. Uebrigens werde ich Sie hinführen, wenn Sie wollen.“

„Nein, ich danke, ich werde schon finden. Inzwischen möchte ich Sie bitten, die Bauern vor dem Hause zusammenzurufen, weil ich mich mit ihnen wegen der Aecker zu verständigen habe.“

Der Tag war klar und warm, sogar zu warm für die Jahreszeit; die Wolken häuften sich zusammen und bedeckten zeitweise die Sonne. Die lange ansteigende Straße, die das Dorf bildete, war vollständig mit einem scharfen, beißenden, aber nicht unangenehmen Düngergeruch angefüllt, der gleichzeitig von den Wagen aufsteig, die die Straße entlang fuhren und außerdem den Misthaufen entströmten, die in den Höfen lagerten, deren Thüren weit offen standen. Die Bauern, die mit nackten Füßen und Mistflecken auf ihren Hemden und Hosen hinter den Wagen herhüpften, betrachteten neugierigen Blickes den großen und kräftigen „Varin“ in seinem mit Seide gefütterten grauen Tuchanzug, wie er mit seinem schönen Stock mit dem silbernen Knopf im Dorfe spazieren ging. Die Weiber verließen ihre Häuser, um ihm nachzusehen, folgten ihm mit den Augen und eine zeigte ihn der

andern. Vor einer der Thüren wurde Nechludoff beim Vorübergehen von einem großen Wagen aufgehalten, der, bis oben mit Dünger beladen, aus einem Hofe fuhr. Ein junger Bauer war damit beschäftigt, die Pferde auf die Straße zu ziehen. Ein graublauer Füllen passierte bereits das Thor, als es vor Nechludoff erschraf und sich wieder an seine Mutter drängte, die eine unruhige Bewegung machte und einen Augenblick wicherte. Das alles geschah unter den Augen eines alten, mageren und trockenen Bauern, der ebenfalls barsüßig war und eine gestreifte Hose und eine blaue Blouse trug.

Als sich der Wagen endlich auf der Straße befand, trat der Greis vor die Thür und verneigte sich vor Nechludoff. „Sie sind wohl der Verwandte unserer beiden seligen Fräuleins?“

„Ja, ganz recht!“
„Seien Sie willkommen,“ fuhr der Bauer fort, der gern plauderte.

„Na, und wie lebt Ihr?“ fragte Nechludoff, der nicht wußte, was er sagen sollte.

„Wie wir leben? ach, unser Leben ist leider recht elend,“ entgegnete der Alte.

„Elend? weshalb?“ fragte Nechludoff, sich der Thür nähernd.

„Ach, es ist ein trauriges Leben!“
Während des Sprechens drängte der Greis Nechludoff in das Innere des Hofes zurück.

„Siehst Du, ich habe in meinem Hause zwölf Personen,“ fuhr er fort und deutete mit dem Finger auf zwei Weiber, die mit aufgekrempten Ärmeln, die Röcke bis über die Kniee aufgeschürzt, mit Mistgabeln in der Hand, auf dem Nest des Düngerhaufens standen.

„Alle Monate muß ich sechs Pfund Mehl kaufen, und wo sie hernehmen?“

„Ha! Du denn kein eigenes Mehl?“

„Eigenes Mehl?“ rief der Greis mit verächtlichem Lächeln. „Was ich an Land habe, genügt gerade für drei Personen: zu Weihnachten ist der ganze Vorrat erschöpft.“

„Aber was faugt Ihr denn dann an?“

„Man muß sich eben einrichten. Einer meiner Söhne ist im Dienst, und dann leihen wir auch bei Em. Excellenz. Wenn man wenigstens die Abgaben bezahlen könnte!“

„Wie viel betragen die Abgaben?“

„Siebzehn Rubel, nur für uns allein!“

„Könnte ich vielleicht in Dein Haus eintreten?“ fragte Nechludoff, indem er weiter auf dem Hofe vorschritt.

„Aber gewiß,“ versetzte der Greis, ging Nechludoff mit seinen nackten Füßen schnell voran und öffnete ihm die Hausthür, während die Weiber mit einer gewissen Furcht diesen eleganten, jaubern Herrn mit seinen goldenen Manschettenknöpfen betrachteten, der Miene machte, ihr Haus zu betreten.

Nechludoff durchschritt einen kleinen Gang und kam in die enge und dunkle Isba. Dort stand am Ofen ein altes Weib, deren aufgekrempte Ärmel die mageren Arme und schwarzen Hände mit den hervortretenden Adern sehen ließen.

„Das ist unser „Varin“, der uns einen Besuch abstatten will,“ sagte der Alte zu ihr.

„Meinen tiefsten Gruß,“ versetzte die Alte, sich verneigend.

„Ich wollte einmal ein bißchen sehen, wie Ihr lebt,“ sagte Nechludoff.

„Das kannst Du ja sehen, wie wir leben,“ entgegnete keck die alte Frau und schüttelte mit bezeichnender Miene den Kopf. Die Isba ist dem Einsturze nahe und wird sicherlich einen todschlagen, doch der Alte findet es gut so. Du siehst, ich bin gerade dabei, das Essen zu bereiten, ich ernähre das ganze Haus.“

„Na, und was habt Ihr heute zum Essen?“

„Was wir zum Essen haben? Erster Gang: Kwaf und Brot, zweiter Gang: Brot und Kwaf.“

Dabei fing die Alte laut an zu lachen und riß ihren großen, zahnlosen Mund weit auf.

„Nein, nein, ohne Scherz, zeigt mir, was Ihr heute zum Essen habt.“

„Na, Mutter,“ sagte der Alte, „zeige es ihm doch.“

Seine Frau schüttelte von neuem den Kopf.

„Haha, Du bist aber ein merkwürdiger „Varin“; so einen wie Du habe ich noch nie gesehen. Alles will er

in fernerer Erwägung, daß proletarische Interessen in fast unübersehbarer Tragweite im preussischen Landtag entschieden werden;
in schließlicher Erwägung, daß es Pflicht der Partei ist, den von ihr zu führenden Klassenkampf in immer weitere Gebiete zu tragen und immer mehr zu verallgemeinern,
beantragen wir die Beteiligung der Partei an den preussischen Landtagswahlen.
Die Beteiligung hat nach den Grundsätzen zu erfolgen, die die Resolution Webel auf dem Hamburger Parteitag (Nr. 98 der Mitträge) aufstellte und die da lauten:

1. Die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen.
2. Zuvorweit eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse.
3. Beschlüssen die Parteigenossen eines Wahlkreises die Wahlbeteiligung, so kommen für diese folgende Gesichtspunkte in Betracht:
 - a) ist die Wahl eigener Wahlmänner möglich, so ist dieselbe mit aller Kraft zu betreiben;
 - b) ist die Aufstellung eigener Wahlmänner unmöglich und beschließen die Parteigenossen, sich dennoch an der Wahl zu beteiligen, so ist die Wahl von Wahlmännern, die ausschließlich einer bürgerlichen Oppositionspartei angehören, gestattet.
4. Abmachungen dieser Art für die Landtagswahlen sind nur unter der Bedingung zulässig, daß die betreffenden bürgerlichen Oppositionsparteien bereit sind:
 - a) ihre Kandidaten zu verpflichten, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen entschieden zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen;
 - b) eventuell auch einem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben.
5. Um eine genaue Durchführung der vorstehenden Beschlüsse zu ermöglichen und die Interessen der Gesamtpartei nach allen Richtungen hin zu sichern, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand mit dieser Aufgabe.
 - a) Die einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, die Zustimmung des Parteivorstandes für ihre Abmachungen mit anderen Parteien einzuholen.

Aus der Parteibewegung.

Eine Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg tagte am Sonntag im Gewerkschaftshaus. Aus dem Geschäftsbericht der Agitationskommission heben wir hervor, daß die Agitationszeitung, die Fackel, in einer Gesamtauflage von 141 000 Exemplaren verbreitet wurde. Der Kalender Märkischer Landbote ist in 200 000 Exemplaren ausgegeben worden. Ueber 212 Referenten haben Versammlungen abgehalten, und für die Arbeiterinnen sind zwölf Referentinnen hinausgegangen. Die Frauen haben die Frauenversammlungen aber zumeist gar nicht besucht. Die Gesamteinnahmen betragen 9858,16 Mark, die Gesamtausgaben 8847,59 Mark. In ihrem weiteren Verlauf beschäftigten sich die Verhandlungen hauptsächlich mit der Landarbeiterfrage. Stadthagen referierte und vertrat ähnliche Ansichten wie auf der Wahlkreis-Konferenz für Niederrhein. Folgende Resolution wurde hierzu angenommen:

Die Provinzial-Konferenz empfiehlt:

1. Fragebogen über die ökonomische Lage der Landarbeiter und Kleinbauern bei der Agitation zu benutzen, und beauftragt die Agitationskommission, solche Fragebogen zu entwerfen und den einzelnen Kreisen zuzuschicken.
2. Für eine Organisation insbesondere der Landarbeiter und Kleinbauern in jeder Weise wirksam zu sein. Es empfiehlt sich, den Arbeitern, für deren Branche eine wirtschaftliche Organisation vorhanden ist, den Anschluß an diese, insbesondere an den Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands vorzuschlagen. Außerdem aber ist es dringend erforderlich, besonders die Landarbeiter und Kleinbauern in politischen Vereinen — mögen dieselben einen Namen tragen, welchen sie wollen — zusammenzufassen und diese Vereinigungen zu zentralisieren.

wissen. Na, wir haben Brot und Kwas, und dann noch Kohlfluppe und Kartoffeln.

"Ist das alles?"
"Na, was soll denn noch sein?" versetzte die Alte mit pfiffigem Lächeln.
Durch die offen gebliebene Thür sah Nechudoff, daß der ganze Korridor mit Leuten angefüllt war. Da standen Kinder, junge Mädchen, Weiber mit Säuglingen auf den Armen, und diese ganze Schaar drängte sich vor die Thür und betrachtete den seltsamen Gutsherrn, der sich nach der Nahrung von Muschik's erkundigte.
"Ja, unser Leben ist recht traurig; das kann man wohl sagen," fuhr der Alte fort. "Na, hört mal, was wollt Ihr denn hier?" rief er, sich den Neugierigen zuwendend, die Miene machend, einzutreten.
"Na, jetzt Adieu, ich danke Euch," sagte Nechudoff, der ein Gemisch von Unbehagen und Scham empfand.
"Herzlichen Dank, daß Sie uns besucht haben," versetzte der Alte.
Im Korridor trat die Menge schnell vor Nechudoff zur Seite und ließ ihn mit aufgesperrten Mäulern vorüber. Doch auf der Straße bemerkte er zwei barfüßige kleine Jungen, die hinter ihm herliefen. Der eine, der ältere trug ein schmutziges Hemd. Nechudoff wandte sich nach ihnen um, und der Kleine mit dem weißen Hemd fragte ihn:
"Wo gehst Du denn jetzt hin?"
"Ah, gehe zu Matrena Tscharina," antwortete Nechudoff; "kennt Ihr sie?"
Der kleinste der beiden Jungen fing an zu lachen, doch der andere erwiderte sehr ernsthaft:
"Was für eine Matrena; ist sie alt?"
"Ja, eine Alte!"
"Dann wird es sicher die Semenuicha sein. Das ist am andern Ende des Dorfes, wir werden Dich hinführen, nicht wahr, Fedka, wir werden ihn hinführen?"
"Und die Pferde?"
"Ah, das thut nichts!"
"Fedka willigte ein, und alle drei gingen die lange Dorfstraße hinauf.

Die Parteikonferenz verlangt weiter, daß die ausländischen Arbeiter dieselben Rechte wie die inländischen erhalten, besonders daß ihnen das Recht des Aufenthalts in Deutschland und das Vereinsrecht unbeschränkt gegeben werde, und daß die Ausweisungsbefugnis, welche zu Gunsten schmutziger Lohnkonturrenz ausgeübt werden kann, durch Reichs Gesetz endlich beseitigt werde.

Beim Punkt Agitation wurde beklagt über das mangelhafte Fliessen der Gelder, welches ein Niedruer selbstamerweise auf das schnelle Anwachsen der "neutralen" Gewerkschaften zurückführte. Außerdem wurde eine Angelegenheit der Spandauer Genossen besprochen, die ein Blatt: Die Laterne, grühdeten, ohne daß die Möglichkeit des Bestehens eines Blattes in Spandau gegeben ist. Die Angelegenheit wurde schließlich dem Parteivorstand und den Vertrauensleuten zur Regelung überwiesen.

Der Kreistag des Saalkreises, der am Sonntag in Halle tagte, beschloß, den sozialdemokratischen Verein mit den Vertrauensmännern in Zukunft als die offizielle Vertretung der Partei am Orte anzusehen. Ferner wurde beschlossen, sich dort an den preussischen Landtagswahlen zu beteiligen, wo eigene Wahlmänner die Partei aufgestellt werden können.

Die Parteigenossen des Vorpommerschen Kreises beschlossen in ihrer Wahlkreis-Konferenz, eine einheitliche Quittungsmarkte für den ganzen Wahlkreis einzuführen und zwar in Höhe von 20 Pfg. pro Monat. In Parteiverfassungen, wo es sich um interne Angelegenheiten der Partei handelt, sollen nur Genossen zugelassen werden, welche sich durch ihre Quittungsmarkte ausweisen. Zur Frage der Landtagswahlen trat man durch Annahme einer Resolution dafür ein, daß entweder ein Wahlkomitee oder der Parteivorstand die Kreise bestimme, wo wir durch Aufstellung eigener Wahlmänner an den Wahlen teilnehmen und daß auch die Verhandlungen mit den Parteien nur von dieser Stelle aus geführt werden sollen.

Und einem wilden Laude. In der Stadt Pforzheim scheint den städtischen Behörden jedes Gefühl von ihrer sozialistischen Mission abhanden gekommen zu sein. Dieselben hielten es nämlich für vereinbar mit ihrer Würde, den Sozialdemokraten für ein "rotes" Arbeiterlängerkfest die städtische Festhalle zur Verfügung zu stellen. Aber damit nicht genug des Frevels. Der Stellvertreter des Oberbürgermeisters Habermehl beteiligte sich sogar — man denke und schauere — an dem sozialistischen Feste durch Flaggendekoration seines Hauses. Gott sei Dank, daß bei uns in Preußen derartige „Amtsvergehen“ nicht möglich sind!

Eine wichtige Aufgabe für die Gewerkschaften.

In der Leipziger Volkszeitung finden wir folgende herzenswarme Ausführungen des Genossen Calver, die wir allen Gewerkschaften der Beachtung empfehlen. Genosse Calver schreibt:
Eine Aera der Arbeitslosigkeit beginnt für die deutsche Arbeiterbevölkerung. Seit 1895 war das Gepräge des Arbeitsmarktes für die Arbeiter günstig und erst in diesem Jahre hat der offene Rückschlag der Konjunktur auch auf den Arbeitsmarkt seine ersten Wirkungen geübt. Das scheint klar, daß schon der kommende Winter unter dem Zeichen der Arbeitslosigkeit stehen wird. Es ergibt sich aus unseren Situationsberichten, die wir über die Lage des Arbeitsmarktes in den verschiedenen Industriezweigen während der letzten Monate an dieser Stelle gegeben haben. Dagegen kann man sich über den Grad und die Dauer der Arbeitslosigkeit heute noch keine Vorstellung machen. Seit der letzten größeren Periode der Arbeitslosigkeit hat der Wirtschaftskörper Deutschlands derartige Veränderungen erfahren, daß man in der vorliegenden Frage keine Schlüsse aus der Ver-

gangenheit mehr wagen darf. Es sei nur auf ein ganz wesentliches Moment, nämlich die starke Ausbildung der Kartelle hingewiesen. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, sondern vielmehr wahrscheinlich, daß viele Kartelle für ihren Produktionsbereich über den Rückgang der Konjunktur schneller und gelinder, ohne jene gewaltigen und plötzlichen Stockungen, Fallissements u. hinüberkommen werden, als in ähnlichen früheren Situationen die einzelnen Unternehmungen. Diese Wahrscheinlichkeit hätte für den Arbeitsmarkt zur Folge, daß das Aufstreben der Arbeitslosigkeit gleichfalls in anderen Formen erfolgte, als früher. Ob diese Formen für die Arbeiter günstiger wären, ist freilich sehr fraglich, darüber heute schon orakeln zu wollen, halten wir für verlorene Mühe. Aber aus einer Reihe von Gründen ist es wichtig, heutzutage Maßnahmen zu treffen, um den Verlauf der kommenden Arbeitslosigkeit kontrollieren zu können. Das ist nicht nur aus wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten notwendig, sondern aus Gründen des nächstliegenden praktischen Interesses der Arbeiter selbst.

Um diese Notwendigkeit in Kürze zu beweisen, möchten wir die Arbeiter an die Erfahrungen von Anfang der neunziger Jahre erinnern, an die Notstandsdebatten in den Gemeindefraktionen, in den Einzellandtagen und im Reichstage. Von den Vertretern der Arbeiter wurde die Arbeitslosigkeit in ihrem Umfang behauptet, von den Gegnern wurde das Vorhandensein einer Arbeitslosigkeit in erheblicher Ausdehnung bestritten.

Wie der Minister v. Boetticher im Reichstage, so machten es die Stadträte und Bürgermeister in vielen Gemeindefraktionen, sie verkündeten der Öffentlichkeit: es giebt keinen Notstand, da er ja nicht in den Akten verzeichnet war. Nur wenige Kommunen waren es, in denen die Vertuschungspolitik nicht Platz griff, sondern Notstandsarbeiten in Angriff genommen wurden. Hätte man damals einigermaßen zuverlässiges statistisches Material über den Umfang der Arbeitslosigkeit an der Hand gehabt, man hätte auf die Instanzen, von denen man Hilfe in der Not zu fordern hatte, einen stärkeren Druck üben können. Aus dieser Erfahrung von damals sollte man aber für die kommende Zeit die einzig mögliche Lehre ziehen: sobald wie möglich Maßregeln zu treffen, um den Grad und die Ausbreitung der Arbeitslosigkeit jederzeit feststellen zu können.

Bei dem Stande der gewerkschaftlichen Organisation war damals allerdings eine derartige Kontrolle noch ausgeschlossen. Heute ist sie leichter, namentlich nachdem viele Organisationen und darunter sehr große, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, zu diesem Zwecke also schon eine genaue Zählung der Arbeitslosenziffer für ihre Organisierten vornehmen müssen. Schon allein die Ziffern, die die Metallarbeiterorganisation zu sammeln und zu veröffentlichen in der Lage ist, wird ungemein wertvoll für die Beurteilung des Standes der Arbeitslosigkeit sein. Freilich diese Ziffern müssen publizistisch verwertet, d. h. so schnell wie möglich, etwa jeden Monat oder auch alle Wochen festgestellt und ungeschehen veröffentlicht werden. Und zwar wird man sich nicht darauf beschränken dürfen, nur die Arbeitslosenziffer für die Gesamtorganisation möglichst schnell zu veröffentlichen, für die einzelnen Distrikte und Orte ist auch schon die Arbeitslosenziffer der einzelnen Zahlstelle von symptomatischem Wert und es wäre daher gut, wenn die Arbeiterpresse an jedem Orte die Bewegung der Arbeitslosen durch derartige Ziffern verfolgen würde. Wenn nur die Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung schon eingeführt haben, sich dieser Berichterstattung anschließen, so würde schon allein damit jede Arbeiterzeitung in der Lage sein, über die jeweilige Zahl der Arbeitslosen am Ort wertvolle ziffernmäßige Belege zu geben. Aber wir gehen noch weiter und meinen, daß angesichts der ersten Einwirkungen der Arbeitslosigkeit auf den gesamten Arbeitsmarkt auch die anderen Gewerkschaften, soweit

Nechudoff fühlte sich sehr behaglich bei den beiden Jungen, die ihn übrigens den ganzen Weg mit ihrem Geschwäch erheiterten. Der kleinere, das Kind im rosa Hemd, lachte nicht mehr und sprach ebenso ernst und verständig, wie sein Gefährte.
"Na, wer ist denn der Ärmste im Dorfe?" fragte Nechudoff.
"Der Ärmste? Michael ist arm, und Semen Makaroff ist arm, aber Martha ist doch noch ärmer."
"Aber Anissja ist doch noch ärmer; Anissja hat nicht einmal eine Kuh, sie bettelt."
"Das ist wahr, daß sie keine Kuh hat, aber bei ihr sind nur drei, und bei Martha sind fünf."
"Ja, aber Anissja ist Witwe!"
"Du sagst, Anissja ist Witwe; aber Martha ist doch eben so gut wie Witwe, sie hat doch auch keinen Mann."
"Wo ist denn ihr Mann?" fragte Nechudoff.
"Der pflegt seine Läufe im Gefängnis," versetzte das ältere Kind.
"Im vorigen Jahr," unterbrach der Kleine, "hat er zwei Birken gefällt, da haben sie ihn ins Gefängnis gesteckt. Seit sechs Monaten sitzt er nun, sie hat drei Kinder, und die ernährt die Mutter."
"Und wo wohnt sie?"
"Das ist gerade ihr Haus," sagte der Bursche und zeigte mit dem Finger auf ein Haus, vor welchem ein ganz kleiner Junge mit weißem Kopfe auf krummen Beinen nützelig auf- und abging.
"Banja, Du Taugenichts, willst Du wohl schnell hereinkommen?" rief vom Hause her eine noch junge Frau, die einen so schmutzigen Rock und ein eben solches Hemd trug, daß man hätte glauben können, beides wäre mit Asche überschüttet. Sie stürzte ängstlich nach der Straße, ergriff ihr Kind und trug es ins Haus.
"Na, und Matrena? ist die auch arm?" fragte ihn Nechudoff.
"Wie soll die denn arm sein? die verkauft ja Schnaps," versetzte der kleine Junge in dem rosa Hemd in entschiedenem Tone.

Vor Matrenas Thür nahm Nechudoff von seinen beiden Begleitern Abschied. Das Haus der alten Frau war klein, und enthielt nur ein einziges Zimmer. Als Nechudoff eintrat, war Matrena eben im Begriffe, mit Hilfe ihrer ältesten Enkelin alles in Ordnung zu bringen. Zwei andere Kinder kamen, als sie den Fremden bemerkten, aus dem Winkel hervor und stellten sich vor die Thür.
"Was wollen Sie?" fragte das alte Weib mit scharfer Stimme.
"Ich bin . . . aus der Stadt und habe . . . mit Ihnen zu sprechen."
Ohne zu antworten, betrachtete ihn die Alte mit ihren kleinen Augen. Plötzlich aber veränderte sich ihr Gesichtsausdruck.
"Ah, Du bist's, mein Lämmchen! Und ich, altes Tier, erkannte Dich nicht und sagte mir, das ist sicher ein Bauerer, der mich um etwas bitten will! Verzeihung, im Namen Christi!"
Sie sprach mit einschmeichelnder Flötenstimme.
"Könnte ich nicht ein paar Worte mit Ihnen allein sprechen?" fragte Nechudoff und deutete mit den Augen auf die offen gebliebene Thür, in der die Kinder standen, und in der eben ein mageres junges Weib erschienen war, das auf ihren Armen ein in alte Lumpen gekleidetes Kind von wahrhaft furchtbarem Aussehen trug.
"Was habt Ihr hier zu gloyen? Wartet, ich werde gleich meinen Stod holen!" rief Matrena, sich zur Thür wendend. "Verschwindet schleunigst und macht die Thür zu!"
Die drei Kinder entflohen. Auch die junge Frau entfernte sich und schloß die Thür.
"Und ich fragte mich, wer da wäre! Es war mein junger 'Barin' selbst, mein Goldvogel, mein Furel! Sey' Dich, Erzellenz, se' Dich da auf die Bank," fuhr sie fort, nachdem sie die bezeichnete Bank sorgfältig abgewischt. "Und ich dachte, der Teufel wolle mich quälen, und nun ist es mein 'Barin,' mein Wohlthäter, mein Ernährer! Verzeihe mir, das Alter macht mich blind!"

